



12. Oktober 2013

Steuerpolitische Leitlinien für nächste Legislatur **Keine Steuererhöhungen zur Haushaltssanierung**

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, in der neuen Legislaturperiode Steuererhöhungen abzulehnen und für eine spürbare Steuervereinfachung einzutreten.

Steuererhöhungen zur Sanierung des Staatshaushaltes werden von der MIT abgelehnt. Dies beschloss die MIT-Bundesdelegiertenversammlung. Der Weg zur notwendigen Haushaltskonsolidierung darf nicht über eine Mehrbelastung von Bürgern und Unternehmen führen. Die Sanierung der staatlichen Haushalte muss stattdessen auf der Ausgabenseite erfolgen. Steuererhöhungen hemmen die Investitionsfähigkeit der Wirtschaft und schwächen deren Wettbewerbsfähigkeit. So trifft ein höherer Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer Personenunternehmen und Arbeitnehmer gleichermaßen, indem Investitionen und Konsum reduziert werden.

Vor diesem Hintergrund lehnt die MIT auch eine weitere Besteuerung von Vermögenssubstanzen ab. Dies gilt für die Überarbeitung der Erbschaftsteuer wie auch für eine Wiedereinführung einer Vermögensteuer oder einer Vermögensabgabe. Substanzsteuern verhindern die dringend notwendige Kapitalbildung der Unternehmen und schwächen Deutschland als Standort für Investitionen.

Weiterhin fordert die MIT die konsequente Vereinfachung des deutschen Steuersystems, denn das Steuerrecht ist ein ernstzunehmender Standortnachteil für die deutsche Volkswirtschaft. Als erste Schritte hin zu weniger Bürokratie durch Steuervereinfachung schlägt die MIT die Verkürzung der steuerlichen Aufbewahrungsfristen von 10 auf 5 Jahre, reduzierte Nachweispflichten bei Exportgeschäften, keine zusätzlichen Umsatzsteuervoranmeldungen für Existenzgründer sowie kostenfreie verbindliche Auskünfte der Finanzämter vor.